

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE

Frauen in der Coronapandemie jetzt unterstützen und stärken!

Der Landtag stellt fest:

Die Coronapandemie und ihre Auswirkungen legen strukturelle Ungleichheiten und Verwundbarkeiten offener zutage. Das gilt auch für die Situation der Frauen, die durch die Pandemie vor besondere Herausforderungen gestellt sind.

Frauen arbeiten deutlich häufiger in systemrelevanten Berufen. Gleichzeitig übernehmen sie noch immer einen Großteil der Sorgearbeit. In Pandemiezeiten hat sich dieser Zustand in vielen Bereichen verstärkt. Die Brandenburgische Frauenwoche 2021 steht daher unter dem Motto „Superheldinnen am Limit“.

Die Gewalt gegen Frauen ist durch die Coronakrise stärker in den Fokus gerückt, obwohl sie leider alltäglich ist. Auch nach der Pandemie müssen wir uns diesem Thema entschieden widmen. Die Coronakrise darf nicht dazu führen, dass Frauen besondere Nachteile erfahren und Gleichstellungserfolge zurückgedreht werden. Der Landtag bekennt sich zur Förderung der paritätischen Beteiligung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen.

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Pandemiefolgen nicht größtenteils an Frauen hängenbleiben, und wir müssen garantieren, dass dadurch kein langfristiger Schaden entsteht. Gleichzeitig ergeben sich aus der Coronapandemie auch Erkenntnisse, die Chancen für die Förderung und Gleichstellung von Frauen bedeuten. Diese gilt es zu erkennen und zu fördern.

Daher fordern wir die Landesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,

- eine Novelle des Landesgleichstellungsgesetzes vorzubereiten, welche die Erkenntnisse aus der Coronapandemie aufgreift und insbesondere die Rolle der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten stärkt. Zeitgleich ist es dahin gehend zu überarbeiten, dass auch eine geschlechtergerechte Verteilung von Homeoffice und Teilzeitarbeit und eine stärkere politische Beteiligung von Frauen berücksichtigt werden;
- der Gewalt gegen Frauen weiterhin konsequent entgegenzuwirken. Dafür sind der Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen fortzuschreiben und Femizide in der Polizeistatistik getrennt auszuweisen;

- im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ein Frauenhausstrukturgesetz unter Beibehaltung der Finanzierungsströme aus den Kommunen zu entwerfen und im Jahr 2022 vorzulegen;
- Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit bei der Fortschreibung der Landesstrategie der Beruflichen Orientierung zu berücksichtigen;
- Entgeltgleichheitschecks in allen Einrichtungen des Landes durchzuführen und im Rahmen des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms eine Kampagne für Entgeltgleichheitschecks in Kommunen und Unternehmen zu konzipieren;
- gemeinsam mit der Wirtschaftsfördergesellschaft, den Kammern und den Gleichstellungsbeauftragten die Unterstützung von Frauen bei Gründungen mit den Erkenntnissen der Pandemie weiterzuentwickeln und zu stärken;
- das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm unter den besonderen Aspekten, die während der Coronapandemie hervorgetreten sind, fortzuschreiben und bereits festgeschriebene Maßnahmen (geschlechterbewusste Ausgestaltung von Unterricht und Erziehung in der Schule, geschlechtersensible Projektwochen zur Berufsorientierung, geschlechterbewusste Pädagogik im Kitabereich) auf ihre Durchführung und Wirksamkeit zu überprüfen;
- bessere Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene digitaler Angriffe zu schaffen sowie anzuregen, die Themen Cybermobbing und Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Netz in Ausgestaltung des Rahmenlehrplans in der schulischen sowie in der außerschulischen Medienbildung verstärkt zu verankern;
- ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches nach dem abschlägigen Urteil zum Paritätsgesetz weitere Möglichkeiten prüft, Parität in kommunalen Vertretungen und im Landtag zu erreichen;
- die Frauen- und Geschlechterforschung an Brandenburgs Hochschulen zu unterstützen;
- in einem Modellprojekt möglichst ab 2023 die geschlechtergerechte Haushaltsführung zu berücksichtigen.

Begründung:

Im zweiten Lockdown verzeichnen wir aktuell wieder einen starken Anstieg häuslicher Gewalt. Während des ersten Lockdowns gab es innerhalb weniger Tage 3 Femizide in Brandenburg: in Werder, Zossen und Cottbus. Allzu oft werden Morde an Frauen als Beziehungstat oder Familiendrama verharmlost. Da Femizide bisher nicht separat erfasst werden, ist das wahre Ausmaß vermutlich deutlich größer. Wir begrüßen die Evaluation der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Brandenburg und werden die Ergebnisse sorgfältig auswerten.

Durch die Verlagerung von vielen Aktivitäten in den digitalen Raum, rückt auch die Hasskriminalität im Netz stärker in den Fokus. Dass Frauen im Netz in aller Öffentlichkeit Vergewaltigungen gewünscht werden, ist ein Zustand, der dringend unterbunden werden muss.

Die strukturelle Ungleichheit zeigt sich auch in unseren Parlamenten. Gleichwertigkeit, Pluralismus, Mitbestimmung und Schutz vor Diskriminierung sind zentrale Werte unserer demokratischen Gesellschaft, die auch in der Pandemie gelten und systematisch gesichert werden müssen. Hierbei hat die Zusammensetzung der Parlamente und kommunalen Vertretungen als „Herzkammern der Demokratie“ eine besondere Vor- und Leitbildfunktion. Der gesunkene Frauenanteil erschwert es zudem, die Herausforderungen für Frauen auch in Coronazeiten angemessen zu thematisieren. Mit vielfältig zusammengesetzten Parlamenten sind wir für Krisen - aber auch darüber hinaus - besser gewappnet.

Frauen arbeiten deutlich häufiger in systemrelevanten Berufen. So sind 85 % der Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeheimen, 87 % der Pflegekräfte im privaten Pflegedienst, 90 % der Grundschullehrkräfte und 96 % der Kita-Erzieher und Kita-Erzieherinnen Frauen. Es braucht einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege.

Die Coronamaßnahmen führten dazu, dass Frauen ihre Arbeitszeit stärker reduzierten als Männer. Männer kehrten schneller wieder zur normalen Arbeitszeit zurück. Auch wenn der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in Brandenburg geringer als im Bundesdurchschnitt ist, wirken sich Gehaltseinbußen durch Kurzarbeit verstärkt aus. Und auch der höhere Teilzeitanteil bei Frauen bedeutet - nicht nur in der Krise - ein höheres Risiko für Armut.

Gleichzeitig übernehmen Frauen noch immer einen Großteil der Sorgearbeit. Der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigt auf, dass Frauen 52 % mehr Familien- und Sorgearbeit als Männer leisten. 91 % der Alleinerziehenden in Deutschland sind Frauen. Während Frauen also schon vor der Pandemie einen größeren Anteil der Kinderbetreuung und der Hausarbeit übernahmen, kamen während der Schließung von Schulen und Kitas weitere Aufgaben als Ersatzlehrerin, Betreuerin und Köchin dazu. Schon die Mehrfachbelastung vieler Frauen zu „Normalzeiten“ ist nicht dauerhaft stemmbar. In der Ausnahmesituation jedoch führt sie zu völliger Erschöpfung und zum Verlust persönlicher Freiräume und Erholung. Dies wirkt sich auch auf die physische und psychische Gesundheit von Frauen aus. Zudem braucht es eine geschlechtergerechte Pädagogik, Bildung und Berufsorientierung, damit Jungen Erfahrungen in der Familienarbeit sammeln können und sorgende und pflegende Berufe ergreifen.

Maßnahmen, die Frauen und Familien in den Blick genommen haben, sind zu Beginn der Pandemie hinter andere Maßnahmen zurückgetreten. Bei den Lockerungen nach dem ersten Lockdown und zu Beginn des zweiten Lockdowns hat die intensive Diskussion um die längere Offenhaltung von Kitas und Grundschulen gezeigt, dass ihre existenzielle Rolle deutlicher geworden ist. Der Aufwand, den vor allem Mütter bei der Beschulung und Betreuung zu Hause haben, ist nicht geringer geworden. Bildung und Betreuung müssen daher weiterhin Vorrang haben und bei Lockerungen prioritär berücksichtigt werden, sobald Lockerungen wieder zu verantworten sind.

Der Digitalisierungsschub in der Arbeitswelt hat Home-Office in vielen Berufen vorangebracht. Auch mehr Männer haben dadurch Erfahrungen im Home-Office gesammelt, etwa wenn ihre Frauen in systemrelevanten Berufen tätig sind. Gleichwohl sind es weiterhin überwiegend Frauen, die Homeoffice in Anspruch nehmen. Homeoffice darf nicht zu einer Falle für die Gleichstellung werden, indem es weiterhin vor allem Frauen zugeschrieben wird.

Frauen dürfen durch Homeoffice und Teilzeit nicht in eine Rolle gedrängt oder dort festgehalten werden, die ständige Verfügbarkeit für Sorge- und Hausarbeit mit sich bringt, Wir müssen verhindern, dass Frauen im Homeoffice unsichtbar werden und dadurch schlechtere Chancen beim beruflichen Aufstieg haben.

Gleichzeitig sollten die Erfahrungen aus der Pandemie zu Überlegungen führen, wie Homeoffice für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für Frauen als auch Männer als Chance genutzt werden können.

Gerade für die Zeit nach der Pandemie wird der Existenzgründung, der Schaffung von Arbeitsplätzen aber auch generell dem Ankurbeln der Wirtschaft eine große Bedeutung zukommen. Die Pandemie hat die Branchen unterschiedlich stark getroffen. Obgleich Frauen nur etwa jedes dritte Unternehmen in Brandenburg führen, zeigen die Statistiken regelmäßig, dass gerade Frauen bei Gründungen eher dabeibleiben und die Abbruchquote geringer ist. Durch eine öffentlichkeitswirksame Darstellung von „Rollenvorbildern“ sollen mehr Frauen bestärkt werden, ihre unternehmerischen Ideen und kreativen Potenziale im Rahmen einer Existenzgründung oder Unternehmensnachfolge zu verwirklichen.